

Handydaten über mehrere Tage gesammelt

Von Alexander Schneider / SZ 28.7.2011

Nach dem Brandanschlag auf die Bundeswehrkaserne in Dresden hat die Polizei über eine Million Verbindungsdaten erhoben.

Bei den Ermittlungen gegen die Täter, die Ostern 2009 einen schweren Brandanschlag auf die Dresdner Albertstadtkaserne verübt haben, sind 1,1 Millionen Telefonverbindungsdaten erhoben worden. Das teilte gestern die Staatsanwaltschaft Dresden mit. Sie will so weiteren Enthüllungen im Rahmen der Handyaffäre zuvorkommen.

Es sei beabsichtigt gewesen, über die Verkehrsdaten von Handfunkzellen im Umfeld der Kaserne die Täter zu ermitteln, sagte Behördensprecher Lorenz Haase. Der Zeitraum der Funkzellenabfrage habe einige Tage umfasst und sei von einem richterlichen Beschluss abgedeckt gewesen: „Es bestand die Möglichkeit, dass die Täter ihr Vorgehen am Tatort oder in unmittelbarer Nähe koordiniert haben.“

Einer der vier Mobilfunkanbieter habe mit den Verkehrsdaten auch die Namen von 82665 Anschlussinhabern übermittelt. Das war laut Haase von der damaligen Rechtslage gedeckt. Diese Daten seien nicht ausgewertet worden. Vielmehr habe die Polizei in einer gesonderten Abfrage rund 250 Anschlussinhaber ausgewertet. Der Datenschutzbeauftragte sei informiert worden.

Weiter habe das Landeskriminalamt 4000 Zeugen befragt und 162000 Kassenbelege von Obi-Baumarkt-Kunden ausgewertet. Diese Daten seien jedoch nicht mit den Handydaten abgeglichen worden.

Bei dem Brandanschlag auf die Kaserne am 13. April 2009 waren unter anderem 42 Fahrzeuge beschädigt worden. Laut Haase handelte es sich dabei um den schwersten Anschlag auf die Bundeswehr. Von den Tätern fehlt immer noch jede Spur.

Warum die Polizei Handydaten sammelt

Von Thilo Alexe Quelle: sz-online/Sächsische Zeitung 27. Juli 2011

Geraten friedliche Sachsen, die sich gegen Neonazis engagieren, ins Visier von Polizei und Staatsanwaltschaft? Oder mühen sich die Beamten nur gewissenhaft, eine kriminelle Vereinigung mutmaßlicher Linksautonomer zu zerschlagen? Das Sammeln von mehr als 40000 Namen von Handynutzern verursacht heftige Debatten über die Praxis Dresdner Ermittler.

Wieso wurden rund 40000 Namen abgefragt?

Das Landeskriminalamt (LKA) und die Staatsanwaltschaft begründen das mit Ermittlungen wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Drei Fälle stehen im Zentrum: Im Oktober 2009 verprügelten in Dresden bis zu 20 Vermummte drei Neonazis. Einer erlitt lebensgefährliche Kopfverletzungen. Am 19. Februar dieses Jahres griffen bis zu zehn schwarz Gekleidete mit Pflastersteinen Busse an, die Neonazis zu einer Kundgebung nach Dresden kutschiert hatten. Vor einem Jahr attackierten Vermummte zwei mutmaßliche Neonazis, die zuvor das Gebäude eines linken Wohnprojektes beschädigt hatten. Offensichtlich gehen die Ermittler davon aus, dass es sich um denselben Täterkreis handelt.

Ist die Menge dieser Daten notwendig?

Das ist strittig. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Lorenz Haase, nennt mit dem Hinweis auf das laufende Verfahren keine Details. Aus Sicherheitskreisen heißt es, dass Ermittlungen wegen einer kriminellen Vereinigung aufwendige Polizeiarbeit erforderten. Etwa: Wer hat wann mit wem telefoniert? Allerdings: Ein Gerichtsprozess hat noch nicht begonnen. Die Namen, die das LKA auch der Dresdner Polizei übergab, sind zumindest dort wieder gelöscht worden. Sachsens Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig, der seinen Urlaub verschob, fordert bis Mitte August Stellungnahmen von den Ermittlungsbehörden. Der SPD-Abgeordnete Henning Homann warnt vor einer „Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements“.

Wo wurden noch Handydaten gesammelt?

460 sogenannte Bestandsdaten – vor allem Namen von Handynutzern – haben Ermittler nach dem 19. Februar erhoben. Bei äußerst gewaltsamen Protesten gegen einen Neonaziaufmarsch waren mehr als 100 Beamte, aber auch Demonstranten verletzt worden. Die Namen wurden aus einer deutlich größeren Menge von 138000 Datensätzen ermittelt, die Auskunft über Verbindungen und Standorte, nicht aber über die Telefonbesitzer geben. Bei dem Verfahren zur kriminellen Vereinigung wurden dem Innenministerium zufolge knapp 900000 solcher Sätze erhoben.

Können Handynutzer erfahren, ob sie überprüft wurden?

Ja. Wer informiert werden will, kann sich schriftlich an die Staatsanwaltschaft Dresden oder die dortige Polizeidirektion wenden. Einen Musterschriftsatz dazu haben die Grünen auf den Internetseiten der sächsischen Landtagsfraktion formuliert. Nach Angaben von Oberstaatsanwalt Haase, der für die Ermittlungsbehörden spricht, liegen bei seiner Behörde und der Polizei jeweils rund 500 solcher Anfragen vor.

Warum ist das Datensammeln so umstritten?

Für Verwunderung sorgt die Masse der nach richterlicher Anordnung erhobenen Daten. Problematisch ist ferner, dass die Fakten erst nach und nach ans Licht kamen, unter anderem durch Anfragen von Abgeordneten. Ob die von Opposition und Datenschützern geäußerte Kritik nach dem Massenmord von Oslo abebbt, ist noch offen. Im Zusammenhang mit der Tragödie fordern konservative Bundespolitiker die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. Die Dresdner SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Friedel dagegen betont: „Vorratsdatenspeicherung kann Verbrechen nicht verhindern.“

Justizminister kritisiert Debatte um Handy-Affäre

DNN 27.7.2011

Justizminister kritisiert Debatte um Handy-Affäre

Dresden (DNN/chk/dpa). In der Affäre um die Ausspähung von Handydaten durch Polizei und Landeskriminalamt hat Sachsens Justizminister Jürgen Martens (FDP) um mehr Verständnis für die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden geworben. Gegenüber DNN erklärte er gestern, dass es den Ermittlern nicht darauf ankomme, Demonstranten auszuspähen. „Es geht darum, die Identität der Personen zu ermitteln, die schwere Straftaten begangen haben.“ Martens kritisierte den Verlauf der Debatte als unsachlich.

Sachsens Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig erwartet bis Mitte August Stellungnahmen von Landeskriminalamt, Polizei und Staatsanwaltschaft Dresden zum Handydaten-Skandal. „Die Frist wurde wegen der Urlaubszeit noch einmal verlängert“, sagte Schurig gestern. Er hoffe, Anfang September parallel zum speziellen Bericht für den Landtag Ergebnisse seiner Prüfungen im sogenannten Beanstandungsverfahren vorlegen zu können.

Polizei sammelte mehr als 40.000 Namen

SZ 26.07.2011

Sachsens Strafverfolger haben mehr Handydaten ausgewertet als bislang bekannt. Die Opposition im Landtag erwägt einen Untersuchungsausschuss.

Dresden. Im Zusammenhang mit extremistischen Straftaten haben sächsische Ermittler mehr Handydaten ausgewertet als bislang bekannt. Nach Angaben des Innenministeriums fragte das Landeskriminalamt in einem Verfahren Namen und Adressen von mehr als 40.000 Handynutzern ab. Die Daten seien zwischenzeitlich gelöscht worden.

Bislang hatten die Fachministerien von lediglich 460 Fällen gesprochen, in denen sogenannte Bestandsdaten gesammelt wurden. Der Grünen-Abgeordnete Johannes Lichdi warf der Staatsregierung vor, „diese Dimension der Überwachung bisher verschwiegen“ zu haben. Die SPD brachte die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses ins Gespräch.

„Engagierte Bürger im Visier“

Die deutlich höhere Zahl nannte das Innenministerium in der Antwort auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Henning Homann. Die mehr als 40.000 Daten seien in einem anderen Verfahren als die 460 erhoben worden. Nach Ausschreitungen Autonomer bei Protesten gegen eine Neonazidemonstration am 19. Februar hatte die Polizei knapp 140.000 Verkehrsdatensätze von Mobiltelefonen gesammelt. Darin sind die Namen der Besitzer zunächst nicht enthalten. Sie wurden jedoch in den 460 Fällen ermittelt. Die 40.000 Namen stammen aus einem Verfahren, in dem dem Ministerium zufolge dieselben Tatverdächtigen eine Rolle spielen. Homann vermutet, dass „alle engagierten Bürger“, die sich gegen Neonazis einsetzten, ins Visier der Ermittler gerieten. (SZ/ale)

Datenschutzbeauftragter lässt nicht locker

MDR 26.07.2011

Sachsens oberster Datenschützer Andreas Schurig verlangt von Landeskriminalamt, Polizei und Staatsanwaltschaft Dresden bis August Stellungnahmen zur massenhaften Handydatenauswertung. Bedenken zur Verhältnismäßigkeit hat er schon jetzt. Grünenpolitiker Lichdi sieht sogar das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt. Die Auswertung der Daten ist inzwischen eingestellt worden.

Der sächsische Datenschutzbeauftragte Andreas Schurig erwartet von den Ermittlungsbehörden bis Mitte August Stellungnahmen zu der massenhaften Erfassung von Handy-Bestandsdaten. Wegen der Urlaubszeit habe er die Frist für Landeskriminalamt, Polizei und Staatsanwaltschaft Dresden noch einmal verlängert. Schurig hofft, Anfang September Ergebnisse seiner Prüfungen im sogenannten Beanstandungsverfahren vorlegen zu können, parallel zum speziellen Bericht für den Landtag. Um Licht in das Dunkel der Vorwürfe und Vermutungen bringen zu können, hat er sogar seinen Urlaub verschoben. Allerdings spricht der Datenschutzbeauftragte schon jetzt von einem Verfahren "mit klarer Tendenz". Bereits vor Wochen äußerte Schurig Bedenken, ob die Abfrage Tausender Handydaten zur Verfolgung von Straftaten verhältnismäßig war.

Mehrere Zuständigkeiten und Abfragen

Datenschützer Schurig will Licht ins Dunkel um die Handydatenauswertungen bringen.

Konkret befasst sich seine Behörde mit zwei Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den Großdemonstrationen am 19. Februar 2011 in Dresden. Im ersten geht es um die Ausschreitungen am Rande der Demonstrationen von Neonazis und deren Gegnern, bei denen mehr als 100 Polizisten verletzt wurden. In diesem Fall hatte eine Sonderkommission der Dresdner Polizei 138.000 Handydaten abgefragt und daraus 460 Bestandsdatensätze ermittelt, also Namen, Adressen und Geburtsdaten der Handynutzer. Im anderen geht es um die Bildung einer kriminellen Vereinigung aus dem linken Spektrum. Hier ist das Landeskriminalamt zuständig und fragte mit richterlicher Genehmigung 896.000 Datensätze bei den Mobilfunkbetreibern ab. Erst Anfang dieser Woche kam heraus, dass dabei in rund 40.000 Fällen die konkreten Bestandsdaten ausgewertet wurden.

Lichdi: Polizei hätte erst Videos auswerten müssen

Für Schurig sind diese Zahlen aber offenbar nicht neu. "Sie sind bereits Gegenstand der Kontrolle unserer Behörde", sagte der Datenschutzbeauftragte. Er wolle deshalb auch nicht von einer Ausweitung des Skandals sprechen, wie das die Opposition im Sächsischen Landtag tut. Diese sieht sich hintergangen, weil ihr die Angaben erst jetzt in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage zur Verfügung gestellt wurden. SPD, Linke und Grüne sprachen von einem Affront gegen gegenüber Bürgern und Parlament, forderten von der Regierung Erklärungen und neue Regeln für die Datenauswertung.

Der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Johannes Lichdi, legte am Dienstag noch einmal nach. Er äußerte er bei MDR INFO Unverständnis darüber, warum die Polizei nicht zuerst ihr umfangreiches Videomaterial ausgewertet habe, um Gewalttäter zu ermitteln. Die abgefragten Detaildaten von Zehntausenden Handynutzern gäben zwar Aufschluss über deren Aufenthaltsort zu bestimmten Zeiten, aber nicht über eine Beteiligung an Straftaten. Lichdi äußerte daher den Verdacht, dass es der Polizei in Wahrheit darum gehe, breitflächig Kommunikationsstrukturen zu ermitteln. Dies sei ein schwerwiegender und völlig unverhältnismäßiger Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Datenauswertung mittlerweile eingestellt

Der Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft, Lorenz Haase, wies die Vorwürfe einer politisch motivierten Strafverfolgung zurück. Es gehe darum, Straftaten aufzuklären, nicht darum, friedliche Demonstranten zu kriminalisieren. Haase teilte zudem mit, dass die Auswertung der Handydaten inzwischen eingestellt worden sei und keine weiteren Bestandsdaten erhoben würden. Das sächsische Justizministerium nahm zudem die Staatsanwaltschaft gegen Kritik an der späten Information über die laufenden Verfahren in Schutz. Die Angaben seien aus ermittlungstaktischen Gründen erst am 11. Juli freigegeben worden. Haase sagte dazu: "Wir gehen mit unseren Ermittlungen nicht hausieren".

Sächsische Datenaffäre weitet sich aus

MDR 26.07.2011

Die neuen Details der Handydatenaffäre haben in Sachsen heftige Reaktionen ausgelöst. Die Opposition sieht die Glaubwürdigkeit von Innenminister Markus Ulbig (CDU) und Justizminister Jürgen Martens (FDP) schwer beschädigt. Sie wirft den Ministern vor, das Ausmaß der Überwachung nur häppchenweise zuzugeben.

Gebhardt wirft Innenminister Ignoranz vor

Linke-Landeschef Rico Gebhardt sagte, es sei unvorstellbar, dass sich das Innenministerium nicht in der Lage sehe, den Sachverhalt umfassend aufzuklären. Gegenüber dem Parlament und den betroffenen Bürgern sei es "in höchstem Maße ignorant", so zu tun, als gäbe es keine Datenaffäre und "parallel munter weiter mit den rechtlich zweifelhaft erhobenen Handydaten zu arbeiten". Gebhardt sieht darin auch einen Affront gegenüber dem Sächsischen Datenschutzbeauftragten, der mit der Prüfung des Sachverhaltes beauftragt ist.

"Ich frage mich, ob die Sächsische Polizei ihren Innenminister nicht ernst nimmt oder dieser das Parlament als lästigen 'Störfaktor' empfindet, dem nur die Informationen zugestimmt werden, die durch investigativen Journalismus an die Öffentlichkeit dringen. Beides wäre skandalös."

*Rico Gebhardt, Landeschef der Linken
Pressemitteilung*

Grüne fordern juristische Maßnahmen, SPD eine Regierungserklärung

Der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Johannes Lichdi, wirft beiden Ministern vor, die Dimension der Überwachung verschwiegen zu haben - trotz mehrfacher Nachfragen in den Sondersitzungen der beteiligten Landtagsausschüsse. Lichdi wiederholte seine Forderung vom 4. Juli, dass auch für die Erhebung von Bestandsdaten eine richterliche Genehmigung vorliegen muss. Es könne nicht sein, dass die reine Funkzellenabfrage dem Richtervorbehalt unterliegt, die Auswertung der Daten dagegen von der Polizei "ohne jede weitere Hürde" durchgeführt werden kann. Die innenpolitische Sprecherin der SPD, Sabine Friedel, forderte eine Regierungserklärung von Ministerpräsident Stanislaw Tillich. "Und wir erwarten vollständige Aufklärung", sagte Friedel. "Andernfalls muss der Landtag einen Untersuchungsausschuss einrichten."

40.000 weitere Rufnummern ermittelt

Am Sonntag war bekannt geworden, dass nach den gewalttätigen Demonstrationen gegen den Aufmarsch von Neonazis im Februar dieses Jahres in Dresden inzwischen mehr als 40.000 Handybesitzer ermittelt worden sind. Wie aus einer Antwort des Innenministeriums auf eine

Anfrage des SPD-Abgeordneten Henning Homann hervorgeht, stammen diese 40.000 Datensätze aus dem zweiten Ermittlungsverfahren, das am 25. Februar eingeleitet wurde. Dabei waren knapp 900.000 sogenannte Verkehrsdatensätze erhoben worden.

Bisher hatte die Landesregierung von 460 ermittelten Rufnummern gesprochen. Laut Innenministerium wurden diese aus den 138.630 Datensätzen gefiltert, die aus dem ersten Ermittlungsverfahren vom 22. Februar stammen. In beiden Fällen sollen Straftaten wegen schweren Landfriedensbruchs aufgeklärt werden. Unklar ist derzeit noch, in welchem Zeitraum die 40.000 Daten gesammelt und wie sie verwendet wurden. Die Ermittlungen laufen unterdessen weiter.

Mehr Fälle als bislang angenommen

DNN 26.7.2011

Handydaten-Affäre **Mehr Fälle als bisher angenommen**

Dresden (DNN). Nun ist im Streit um die erhobenen Handydaten bei den Dresdner Februar-Demonstrationen eine neue Zahl im Spiel. Aus einer Kleinen Anfrage der SPD-Landtagsfraktion geht hervor, dass die sächsische Polizei statt Daten von 460 nunmehr Bestandsdaten von insgesamt 40 732 Handynutzern ermittelt hat. Es handelt sich dabei um Personen, die sich am 19. Februar in der Dresdner Südvorstadt aufgehalten haben, wo es bei Protesten gegen einen Neonazi-Aufmarsch zu schweren Ausschreitungen kam.

Erst am Sonnabend war eine weitere Funkzellenabfrage der Dresdner Polizei im vergangenen Sommer bekannt geworden. Das Bündnis Nazifrei forderte gestern erneut die Einberufung einer unabhängigen Untersuchungskommission, um die Vorgänge aufzuklären. Zurzeit erarbeitet der Datenschutzbeauftragte des Sächsischen Landtags, Andreas Schurig, einen Bericht über die Ermittlungsarbeit, der Anfang September vorliegen soll.

Linken-Sprecher Rico Gebhardt warf gestern Innenminister Ulbig vor, nicht zur Aufklärung der Vorkommnisse beitragen zu wollen. Johannes Lichdi, der rechtspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, zeigte sich verwundert, dass diese Zahl bislang in den Sondersitzungen zum Thema noch nicht genannt wurde. Damit hätten sowohl Innenminister Markus Ulbig (CDU) als auch Justizminister Jürgen Martens (FDP) „den letzten Rest ihrer Glaubwürdigkeit verspielt. Sie haben das Ausmaß der Grundrechtseingriffe immer noch nicht begriffen.“ Lichdi kritisierte erneut, dass die Ermittlungsbehörden zu leicht Funkzellenabfragen durchführen und Bestandsdaten bei den Mobilfunkunternehmen eintreiben könnten. Bereits Anfang Juli hatte die Grünen-Fraktion deshalb eine Verschärfung der Strafprozessordnung gefordert. Die Staatsregierung hatte angekündigt, sich im Bundesrat für eine Einschränkung von Funkzellenabfragen einsetzen zu wollen.

Christine Keilholz

Datenschützer wartet auf Antworten zu Handy-Affäre

DNN-Online 26.07.2011

Dresden. Sachsens Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig erwartet bis Mitte August Stellungnahmen von Landeskriminalamt, Polizei und Staatsanwaltschaft Dresden zum Handydaten-Skandal. „Die Frist wurde wegen der Urlaubszeit noch einmal verlängert“, sagte Schurig am Dienstag der Nachrichtenagentur dpa in Dresden. Er hoffe, Anfang September parallel zum speziellen Bericht für den Landtag Ergebnisse seiner Prüfungen im sogenannten Beanstandungsverfahren vorlegen zu können. Schurig sprach von einem Verfahren „mit klarer Tendenz“. Er hatte schon vor Wochen Bedenken geäußert, ob die Abfrage tausender Handydaten zur Verfolgung von Straftaten verhältnismäßig war.

Hintergrund ist die umstrittene Auswertung tausender Handydaten nach den Ausschreitungen am Rande einer Anti-Nazi-Demonstration am 19. Februar in Dresden. Dabei geht es um zwei Ermittlungsverfahren: einmal wegen der Ausschreitungen, zum anderen wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Im ersten Verfahren ist die Polizei Dresden zuständig, im zweiten das Landeskriminalamt (LKA). Mit richterlicher Genehmigung waren Mobilfunkdaten rund um die Demonstration abgefragt worden, dabei gerieten auch Unbeteiligte ins Visier der Ermittler von Polizei und LKA.

Für Schurig sind die zu Wochenbeginn öffentlich gewordenen Zahlen zu überprüfen Datenverbindungen aus dem Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung aus dem linken Spektrum nicht neu. „Sie sind bereits Gegenstand der Kontrolle unserer Behörde“, sagte der Datenschutzbeauftragte, der wegen der Untersuchung seinen Urlaub verschoben hat. Von einer Ausweitung des Skandals, wie sie die Opposition sieht, wollte Schurig deshalb nicht sprechen.

Die Opposition sieht sich dagegen hintergangen, weil ihr die Angaben erst jetzt zur Verfügung gestellt wurden. Denn erst aus der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage war hervorgegangen, dass im Zuge dieses Verfahrens aus Unterlagen von Mobilfunkbetreibern Namen, Adressen und Geburtsdaten von mehr als 40 000 Handynutzern - sogenannte Bestandsdaten - ermittelt wurden. Laut Staatsanwaltschaft sind die Auswertungen eingestellt. „Es werden keine weiteren Bestandsdaten erhoben“, sagte Lorenz Haase von der Staatsanwaltschaft Dresden am Dienstag der dpa.

„Wir gehen mit unseren Ermittlungen nicht hausieren“, sagte Haase weiter. Es wies zugleich immer wieder von der Opposition erhobene Vorwürfe zurück, die Strafverfolgung sei politisch motiviert. „Es geht darum, Straftaten aufzuklären, nicht darum, friedliche Demonstranten zu kriminalisieren.“ Die Staatsanwaltschaft habe die Angaben zu diesem Verfahren aus ermittlungstaktischen Gründen erst am 11. Juli zur Veröffentlichung freigegeben, teilte das Justizministerium dazu auf Anfrage mit.

Bislang war bekannt, dass im Zuge der Ermittlungen um die Ausschreitungen am Rande der Demonstration, bei der mehr als 100 Polizisten verletzt worden waren, eine Sonderkommission der Dresdner Polizei 460 solcher konkreten Daten ermittelt hatte. Diese stammen aus einer Abfrage bei Mobilfunkbetreibern, bei der rund 138 000 Datensätze rund um die Demonstration erhoben worden waren. Die nun in Rede stehenden mehr als 40 000 weiteren konkreten Daten stammen aus einer Abfrage bei Mobilfunkbetreibern, über die das Landeskriminalamt rund 896 000 Datensätze erhalten hatte.

Offenbar schon 40.000 Handybesitzer ermittelt

MDR 25.07.2011

Die Zahl der von der Dresdner Polizei detailliert ausgewerteten Handydaten ist offenbar weiter gestiegen. Wie die Berliner Tageszeitung "taz" am Sonntag berichtete, wurden in mehr als 40.000 Fällen Namen, Adresse und Geburtsdaten von Handyinhabern ermittelt. Sie alle hätten bei Großdemonstrationen im Februar in der Dresdner Innenstadt telefoniert. Die Zeitung beruft sich dabei auf die Antwort des sächsischen Innenministeriums auf eine kleine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Henning Homann. Bisher hatte Sachsens Innenminister Markus Ulbig von 460 Fällen gesprochen.

Auswertung läuft weiter

Im Juni war bekannt geworden, dass die sächsische Polizei bei Großdemonstrationen im Februar in Dresden mehr als eine Million sogenannte Verkehrsdaten von Anwohnern, Demonstranten, Politikern, Anwälten und Journalisten erfasst hat. Nach dem öffentlichen Aufschrei hatten Innen- und Justizministerium am 24. Juni einen gemeinsamen Bericht vorgelegt. Darin verteidigten sie zu großen Teilen das Vorgehen der Polizei. Mit der Funkzellenabfrage sollten mehrere schwere Straftaten im Rahmen der Demonstrationen wie Landfriedensbruch und versuchter Totschlag eines Polizisten geahndet werden. Innenminister Ulbig räumte aber gleichzeitig ein, dass die ermittelten Daten in 45 Fällen auch herangezogen wurden, um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz zu ermitteln. Dies sei nicht rechtens gewesen, erklärte der Minister und versicherte, dass die Daten in dem Zusammenhang nicht weiter verwendet würden. In dem Bericht stand auch, dass die erhobenen Verkehrsdaten weiter ausgewertet werden. Sie würden gelöscht, "sobald sie zur Strafverfolgung und für eine etwaige gerichtliche Überprüfung nicht mehr erforderlich sind".

Ermittlung zu Überfall im Juni 2010

Am Sonnabend hatte die "taz" berichtet, dass auch im Juni 2010 Funkzellen in Dresden abgefragt worden waren. Oberstaatsanwalt Lorenz Haase bestätigte MDR 1 RADIO SACHSEN den Vorgang. Die Daten seien allerdings nicht in Zusammenhang mit einer Demonstration erhoben worden. Vielmehr gehe es darum, den Überfall auf ein Geschäft am Ferdinandplatz aufzuklären, das dem rechten Spektrum zugeordnet wird. Die Ermittlungen zu diesem Fall liefen noch, sagte Haase.

Opposition fühlt sich in Handydaten-Affäre hintergangen

DNN-Online 25.07.2011

Dresden. Sachsens Opposition läuft erneut Sturm gegen die Auswertung von Handy-Daten und fühlt sich hintergangen. Die SPD brachte das Thema parlamentarischer Untersuchungsausschuss ins Spiel. Hintergrund sind jüngste Angaben aus dem Innenministerium, wonach das Landeskriminalamt im Zuge von Ermittlungen gegen eine kriminelle Vereinigung bisher Namen, Adressen und Geburtsdaten von mehr als 40.000 Handynutzern ermittelt hat. Vertreter von Linken, SPD und Grünen kritisierten am Montag, dass das Ausmaß erst jetzt durch die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage ans Licht der Öffentlichkeit gekommen sei.

„Trotz zahlreicher Nachfragen in den Sondersitzungen des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landtags hat die Staatsregierung diese Dimension der Überwachung bisher verschwiegen“, erklärte der innenpolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion, Johannes Lichdi. Innenminister Markus Ulbig (CDU) und Justizminister Jürgen Martens (FDP) hätten nunmehr den letzten Rest ihrer Glaubwürdigkeit verspielt.

Auch SPD und Linke forderten, endlich umfassend Licht in die Handydaten-Affäre zu bringen. „Wir erwarten eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Und wir erwarten vollständige Aufklärung. Andernfalls muss der Landtag einen Untersuchungsausschuss einrichten“, erklärte die innenpolitische Sprecherin der SPD, Sabine Friedel. „Die Haltbarkeit der Informationen des Innenministeriums zur „Sächsischen Daten- und Handyaffäre“ tendiert offenbar gegen null“, kommentierte der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Rico Gebhardt.

Das Innenministerium erklärte die Zeitverzögerung auf Anfrage mit den laufenden Ermittlungen. Die Staatsanwaltschaft habe die Angaben erst freigeben müssen, sagte Ministeriumssprecher Lothar Hofner: „Es darf nichts raus, was die Ermittlungen gefährden könnte.“

Bislang war bekannt, dass im Zuge der Ermittlungen um die Ausschreitungen am Rande einer Anti-Nazi-Demonstration am 19. Februar in Dresden 460 solcher konkreten Daten ermittelt worden waren. Diese stammen aus einer sogenannten Funkzellenabfrage, bei der rund 138 000 Datensätze rund um die Demonstration erhoben worden waren. Die nun in Rede stehenden mehr als 40 000 konkreten Daten stammen aus einer zweiten Funkzellenabfrage, aus der das Landeskriminalamt rund 896 000 Datensätze erhalten hatte.

Unterdessen erklärte die Staatsanwaltschaft Dresden, dass am 17. Juni 2010 keine Funkzellenabfrage im Rahmen der Gegendemo gegen einen rechten Aufmarsch erfolgt sei. Eine diesbezüglichen Bericht der „taz“ bezeichnete Sprecher Lorenz Haase als falsch. Die Funkzellenabfrage habe keinen Zusammenhang mit der Versammlung, sondern habe nur dazu gedient, den Angriff auf einen Laden der rechten Szene am Ferdinandplatz aufzuklären, so Haase. Abgefragt worden seien die Funkzellen des Ferdinandplatzes sowie eines Teils der Josphinenstraße, da dort eine Gruppe möglicher Täter festgestellt wurde.

Polizei sammelte bereits 2010 Handydaten

SZ 25.7.

Polizei sammelte bereits 2010 Handydaten

Berlin/Dresden. Die sächsische Polizei hat nach einem Bericht der Berliner Tageszeitung „taz“ vom Wochenende bereits bei einer Großdemonstration im Juni 2010 massenhaft Handydaten angefordert und ausgewertet. Das belegten Ermittlungsakten, die der Zeitung vorlägen, hieß es. Anlass sei 2010 ebenfalls eine Veranstaltung von Neonazis gewesen, gegen die sich öffentlicher Protest richtete. Die Dresdner Polizei steht in der Kritik, seitdem bekannt wurde, dass sie im Zusammenhang mit einer von Gewalt begleiteten Demo von Neonazis am 19. Februar in Dresden massenhaft Handydaten auswertete.

Der sächsische Datenschützer forderte die Strafverfolger auf, „mit offenen Karten zu spielen“. Die Dresdner Staatsanwaltschaft teilte mit, dass am 17. Juni 2010 Vermummte einen der rechten Szene zuzuordnenden Laden in der Stadtmitte angegriffen hätten. Die Funkzellenabfrage diene demnach der Ermittlung der Täter. (SZ/ale/dpa)

Opposition läuft Sturm gegen Handydaten-Auswertung

SZ 25.07.2011

Sachsens Opposition läuft erneut Sturm gegen die Auswertung von Handy-Daten und fühlt sich hintergangen.

Dresden. Die SPD brachte das Thema parlamentarischer Untersuchungsausschuss ins Spiel. Hintergrund sind jüngste Angaben aus dem Innenministerium, wonach das Landeskriminalamt im Zuge von Ermittlungen gegen eine kriminelle Vereinigung bisher Namen, Adressen und Geburtsdaten von mehr als 40.000 Handynutzern ermittelt hat. Vertreter von Linken, SPD und Grünen kritisierten am Montag, dass das Ausmaß erst jetzt durch die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage ans Licht der Öffentlichkeit gekommen sei.

„Trotz zahlreicher Nachfragen in den Sondersitzungen des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landtags hat die Staatsregierung diese Dimension der Überwachung bisher verschwiegen“, erklärte der innenpolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion, Johannes Lichdi. Innenminister Markus Ulbig (CDU) und Justizminister Jürgen Martens (FDP) hätten nunmehr den letzten Rest ihrer Glaubwürdigkeit verspielt.

Regierungserklärung gefordert

Auch SPD und Linke forderten, endlich umfassend Licht in die Handydaten-Affäre zu bringen. „Wir erwarten eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Und wir erwarten vollständige Aufklärung. Andernfalls muss der Landtag einen Untersuchungsausschuss einrichten“, erklärte die innenpolitische Sprecherin der SPD, Sabine Friedel. „Die Haltbarkeit der Informationen des Innenministeriums zur „Sächsischen Daten- und Handyaffäre“ tendiert offenbar gegen null“, kommentierte der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Rico Gebhardt.

Das Innenministerium erklärte die Zeitverzögerung auf Anfrage mit den laufenden Ermittlungen. Die Staatsanwaltschaft habe die Angaben erst freigeben müssen, sagte Ministeriumssprecher Lothar Hofner: „Es darf nichts raus, was die Ermittlungen gefährden könnte.“

Bislang war bekannt, dass im Zuge der Ermittlungen um die Ausschreitungen am Rande einer Anti-Nazi-Demonstration am 19. Februar in Dresden 460 solcher konkreten Daten ermittelt worden waren. Diese stammen aus einer sogenannten Funkzellenabfrage, bei der rund 138.000 Datensätze rund um die Demonstration erhoben worden waren. Die nun in Rede stehenden mehr als 40.000 konkreten Daten stammen aus einer zweiten Funkzellenabfrage, aus der das Landeskriminalamt rund 896 000 Datensätze erhalten hatte. (dpa)

Polizei sammelte bereits 2010 Handydaten

SZ 25.07.2011

Berlin/Dresden. Die sächsische Polizei hat nach einem Bericht der Berliner Tageszeitung „taz“ vom Wochenende bereits bei einer Großdemonstration im Juni 2010 massenhaft Handydaten angefordert und ausgewertet. Das belegten Ermittlungsakten, die der Zeitung vorlägen, hieß es. Anlass sei 2010 ebenfalls eine Veranstaltung von Neonazis gewesen, gegen die sich öffentlicher Protest richtete. Die Dresdner Polizei steht in der Kritik, seitdem bekannt wurde, dass sie im Zusammenhang mit einer von Gewalt begleiteten Demo von Neonazis am 19. Februar in Dresden massenhaft Handydaten auswertete.

Der sächsische Datenschützer forderte die Strafverfolger auf, „mit offenen Karten zu spielen“. Die Dresdner Staatsanwaltschaft teilte mit, dass am 17. Juni 2010 Vermummte einen der rechten Szene

zuzuordnenden Laden in der Stadtmitte angegriffen hätten. Die Funkzellenabfrage diene demnach der Ermittlung der Täter. (SZ/ale/dpa)

Stilles Gedenken lautstark gestört

Von Alexander Schneider 25.07.2011

Angeblich wollte ein junger Mann sehen, wie Dresden vor der Frauenkirche trauert. Zeugen sahen ihn jedoch mitbrüllen.

Ein junger Mann aus Leipzig behauptet, er sei unschuldig. Doch seine Kumpels, die das bezeugen könnten, will er aus Datenschutzgründen nicht nennen. Es geht um den 13. Februar dieses Jahres vor der Frauenkirche. Gerade als um 21.45 Uhr die Glocken zu läuten begannen, fingen etwa 15 Männer und Frauen an, lautstark hämische Phrasen zu brüllen. Die Gruppe störte massiv das stille Gedenken und die Trauer Tausender am Neumarkt.

„Oma, Opa und Hans-Peter – waren keine Opfer sondern Täter“ wurde etwa skandiert oder „Bomber Harris, do it again“ (Bomber Harris, mach‘ es wieder). Der Mann aus Leipzig wurde gestellt und erhielt ein Bußgeld über 300 Euro. Dagegen zog er nun vor Gericht.

„Ich habe nichts gerufen“, sagte der Betroffene. Er sei unschuldig, habe nur Freunde besucht. Mit ihnen habe er nur zugesehen, was am Jahrestag der Bombardierung alles los sei. Allen Ernstes behauptete er sogar, die Stadt habe in jener Nacht ein Feuerwerk veranlasst.

Eine Einheit des Ordnungsamtes jedoch hatte die Gruppe zu dem Zeitpunkt längst umzingelt, da es zuvor Störungen gegeben hatte. Der Beschuldigte wurde von einem Ordnungshüter beim Brüllen gesehen. Deshalb habe er den Befehl gegeben, den Mann aus der Gruppe herauszuziehen.

Richter Jochen Meißner will nun weitere Zeugen anhören, vielleicht auch die Kumpels des Beschuldigten, wenn er deren Namen nennt. Der Prozess wird fortgesetzt.

„Bündnis Nazifrei“ ging zu forsch in die Offensive und gefährdet Gespräche

DNN-Online 24.07.2011

Dresden. Den fragilen Kompromiss, den die von der Stadt initiierte Arbeitsgruppe 13. Februar im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf den 13. Februar 2012 anpeilt, hat am Freitag ausgerechnet das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ in Gefahr gebracht. „Am heutigen Freitag, den 22. Juli 2011, trafen sich StadtvertreterInnen und TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe 13. Februar, um über Konzepte im Umgang mit dem Naziaufmarsch im Februar 2012 zu diskutieren“ teilte das Bündnis um 11.35 Uhr per Presseinformation mit.

„Wie es von den Teilnehmenden heißt, plant die Stadt nun die Zulassung von Protesten in Hör- und Sichtweite einer möglichen Nazidemonstration“, hieß es weiter. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Arbeitsgemeinschaft aber noch gar nicht getroffen. Wie Bündnissprecherin Judith Förster auf DNN-Anfrage erklärte, handelte es sich um einen Kommunikationsfehler. Die Verantwortlichen seien davon ausgegangen, dass das Treffen um 11 Uhr stattfindet.

Die Stadt reagierte ihrerseits mit einer Presseinformation. „Der Vorstoß von Bündnis Nazifrei lässt eine offene und zielführende Diskussion nicht zu“, das Bündnis habe die AG und deren Arbeit

brüskiert, polterte der Erste Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP). Die Aussagen der Bündnis-Info entsprechen nicht der Wahrheit, schon deshalb nicht, weil die AG erst am Nachmittag ab 16 Uhr tagte. Dabei handelte es sich um das zweite Treffen seit dem 13. Februar 2011, eine Sitzung hinter verschlossenen Türen. Das Infodurcheinander lässt dennoch eine Schlussfolgerung zu: Anders als in den letzten Jahren könnte 2012 erstmals eine Protestveranstaltung unter Schirmherrschaft der Stadt gegen den Missbrauch des Datums 13. Februar durch die Rechten stattfinden.

Das entspricht auch der Intention der CDU, wie sie der neue Kreisvorsitzende Andreas Lämmel ins Gespräch gebracht hat. Das „Bündnis Nazifrei“ kündigte an, auch den Naziaufmarsch im Februar 2012 mit Massenblockaden verhindern zu wollen. Das schließt Lämmel als Protestform explizit aus. Mehr noch: Aus seiner Sicht ist die Abkehr von dieser Form des Protests Voraussetzung für gemeinsame Aktionen der demokratischen Kräfte gegen den alljährlichen Februaraufmarsch der Nazis.

Weiterer Fall von Handydatenauswertung aufgetaucht

Im Zusammenhang mit der massenhaften Erfassung und Auswertung von Handydaten durch die Dresdner Polizei ist ein weiterer Fall bekannt geworden. Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am Sonnabend über eine Funkzellenabfrage im Juni 2010. Damals hatten Linke dazu aufgerufen, einen Neonazi-Aufmarsch unter dem Motto "Damals wie heute - alle Macht geht vom Volke aus" zu stören. Dabei wurde auch ein rechtsextremer Szeneladen angegriffen.

Datenschützer empört, Ministerien schweigen

MDR 23.07.2011

Bei der in diesem Zusammenhang durchgeführten Funkzellenabfrage wurde dem Blatt zufolge unter anderem der Standort eines Tatverdächtigen festgestellt, gegen den wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wird. Die sächsische Datenschutzbehörde reagierte empört auf den ihr bisher nicht bekannten Fall. Sprecher Andreas Schneider sagte der "taz", die sächsischen Strafverfolgungsbehörden müssten endlich mit offenen Karten spielen. Das Landesjustizministerium erklärte auf Anfrage der Zeitung, ihm lägen keine Informationen zu einer solchen Funkzellenauswertung vor. Innenminister Ulbig wollte sich gar nicht dazu äußern.

Staatsanwaltschaft spricht von falschen Zusammenhängen

Die Staatsanwaltschaft bestätigte inzwischen die Datenerfassung am 17. Juni 2010. Sprecher Lorenz Haase bestritt aber auf Anfrage von MDR 1 RADIO SACHSEN, dass die Demonstration an diesem Tag der Anlass war und Daten aus deren Umfeld ausgewertet wurden. Grund für die Funkzellenabfrage sei vielmehr der Überfall auf den rechten Szeneladen gewesen, bei dem ein hoher Sachschaden entstand. Die Gruppe möglicher Täter wurde Haase zufolge kurz darauf in einer nahe gelegenen Straße gestellt. Um den Verdächtigen den Überfall nachweisen zu können, seien Handydaten von Funkzellen in unmittelbarer Nähe des Geschäfts und dieser Straße erfasst und analysiert worden. Die Demonstration war zu diesem Zeitpunkt bereits beendet, wie Haase betonte. Ob die Auswertung erfolgreich war, wollte er mit Verweis auf noch laufende Ermittlungen nicht sagen.

Polizei wegen Datenaffäre unter Druck

Die Dresdner Polizei steht massiv in der Kritik, seit bekannt wurde, dass sie im Zusammenhang mit den Krawallen bei den Großdemonstrationen am 19. Februar 2011 in Dresden über eine Million Handydaten von Anwohnern, Demonstranten, Politikern, Anwälten und Journalisten gesammelt und systematisch ausgewertet hatte. Dresdens Polizeichef Dieter Hanitsch wurde daraufhin versetzt.

Sachsen beschloss zudem eine Bundesratsinitiative, mit der die Datenerhebung und Datenverwendung bei Funkzellenabfragen auf schwere Straftaten beschränkt werden soll.

CDU-Kreischef Lämmel will im Februar Protest in Sicht- und Hörweite der Nazis

DNN-Online 23.07.2011

Dresden. Andreas Lämmel will mehr Klarheit und drückt aufs Tempo. Der neue Kreisvorsitzende der CDU ist seit knapp einem Monat im Amt und hat sich jetzt erstmals zu Wort gemeldet, um Schwerpunkte seiner Arbeit zu nennen. In den kommenden Wochen und Monaten will er unter anderem den Ausbau der Königsbrücker Straße und die Auseinandersetzung mit dem 13. Februar zum Thema machen.

„Wir wollen so etwas wie ein Zukunftsprogramm Dresden“, sagte Lämmel gestern, künftig sei „mehr Kleinarbeit notwendig als in den letzten Jahren“. Schließlich sind Großprojekte wie der Kulturpalast und das Kulturkraftwerk beschlossene Sache und auch um die Waldschlößchenbrücke müsse nicht mehr gestritten werden. Lämmel sieht seine Partei gefordert beim Thema Wohnen und bei der Sanierung der Schwimmhalle an der Freiburger Straße. „Es ist nicht so, dass wir Mieten wie in Düsseldorf haben“, widerspricht er dem Mieterbund, „es gibt keinen Wohnungsmangel und es wird keinen geben“, ist Lämmel überzeugt. Andere Behauptungen „führen zu Verunsicherung“, hat er beobachtet und plant Ende August einen CDU-Workshop, bei dem das „Thema Wohnen“ diskutiert werden soll.

Dort will er dann alle Gedanken zu diesem Thema in Dresden sammeln. In Sachen Freiburger Straße hat er dagegen keinen Diskussionsbedarf. Da sind aus Sicht des neuen CDU-Kreischefs alle Argumente ausgetauscht, „das muss nun ein sinnvolles Ende finden“. Lämmel meint damit, dass die Finanzierung gesichert werden muss. „Die fehlenden acht Millionen Euro müssen in zwei bis drei Jahren in den Haushalt eingestellt werden“, sagt der CDU-Kreisvorsitzende.

Ganz anders beim „Thema Königsbrücker“: Da muss noch diskutiert werden, ist sich Lämmel sicher und lädt deshalb alle CDU-Mitglieder am 2. September zu einer Infoveranstaltung ein. Dort sollen noch einmal die jüngsten Ausbauvarianten auf den Tisch kommen und alle Vor- und Nachteile abgewägt werden. Am Ende soll dann eine einheitliche Position der CDU stehen, so Lämmel, die auch für die Stadtratsfraktion gelten könnte. Der neue Kreischef schließt nicht aus, dass dabei auch das Meinungsbild der Fraktion kippt.

Mitte Juli hieß es von dort, der echte vierspurige Ausbau sei für die Christdemokraten weiter das Ziel. Der Diskussion über gemeinsame Aktionen zum 13. Februar, auch einen parteiübergreifenden Protest gegen den Naziaufmarsch anlässlich dieses Datums, will Lämmel neuen Schwung geben. Darüber will der Kreisvorsitzende mit allen demokratischen Parteien sprechen, auch den Linken, sagte er ausdrücklich. Das Ergebnis sei offen, aber auch Protest gegen die Rechten in deren Hör- und Sichtweite ist für die Kreis-CDU denkbar, seit nicht mehr Lars Rohwer an deren Spitze steht. Von Blockaden und ähnlichen gewaltsamen Protestformen müssten sich die Partner dann aber klar distanzieren, verlangt der CDU-Kreischef.

Ex-Polizeichef kehrt an alte Stätte zurück

Von Alexander Schneider SZ-Online 23.07.2011

Der in der Handy-Affäre versetzte Dresdner Polizeipräsident Dieter Hanitsch leitet jetzt die Landespolizeidirektion.

Seit dieser Woche ist er zurück an seiner früheren Wirkungsstätte. Dresdens Ex-Polizeichef Dieter Hanitsch leitet die Landespolizeidirektion Zentrale Dienste (LPD ZD) in der Neuländer Straße. Dort ist der 56-jährige Polizeipräsident Chef von 500 Bediensteten und 24 Außenstellen in Sachsen. Hanitsch hat die Behörde, die sich als Polizei-Dienstleister versteht, mit aufgebaut. Von 1991 bis 1998 war er bereits deren Leiter.

Hubschrauber- und Reiterstaffel, Wasserschutzpolizei und nicht zuletzt das Polizeiorchester – das sind sächsische Polizeieinheiten der LPDZD. Auch der ärztliche Dienst, die Bekleidungskammer, die Werkstätten oder Kommunikationsdienste sind dort angesiedelt. Es ist Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet Dieter Hanitsch die Landesdirektion wieder umbauen kann. Im Zuge des Projektes „Polizei 2020“ wird die Behörde in ein Landesamt für Polizeitechnik, Logistik und Verwaltung umgewandelt. Fachdienste wie Wasserschutzpolizei, Hubschrauber- und Reiterstaffel werden in die Bereitschaftspolizei eingegliedert.

Ein Bauernopfer

Hanitsch war seit Mitte 2005 Polizeichef in Dresden. Ende Juni wurde er von Innenminister Markus Ulbig (CDU) im Zuge der Handy-Affäre versetzt. Ulbig nannte „Informationsdefizite im Zusammenhang mit der Auswertung von Mobilfunkdaten“ als Anlass. Hanitsch soll ihn nicht ausreichend über Ermittlungen gegen Gewalttäter vom 19. Februar informiert haben.

Nicht nur bei der Polizei wird die Versetzung als Bauernopfer gesehen. Die Maßnahme hat dort große Verunsicherung und Unmut ausgelöst. Hanitsch wird eine innige Feindschaft mit Landespolizeipräsident Bernd Merbitz nachgesagt.

Der neue Dresdner Polizeichef ist Dieter Kroll, der den Dienst noch nicht angetreten hat. Der frühere LPDZD-Chef Jürgen Georgie übernahm Krolls Posten als Chef der Polizeidirektion Südwestsachsen.

taz: Bereits 2010 sammelten Dresdner Behörden Handydaten

SZ-Online 22. Juli 2011

Berlin/Dresden. Die sächsische Polizei hat nach einem Bericht der Berliner Tageszeitung „taz“ (Samstag) bereits bei einer Großdemonstration im Juni 2010 massenhaft Handydaten angefordert und ausgewertet. Das belegten Ermittlungsakten, die der Zeitung vorlägen, hieß es. Anlass sei 2010 ebenfalls eine Veranstaltung von Neonazis gewesen, gegen die sich öffentlicher Protest richtete. Die Dresdner Polizei steht massiv in der Kritik, seitdem bekannt wurde, dass sie im Zusammenhang mit einer von Gewalt begleiteten Demo von Neonazis am 19. Februar in Dresden massenhaft Handydaten auswertete.

Die sächsische Datenschutzbehörde reagierte am Freitag empört auf die neuen Enthüllungen. Behördensprecher Andreas Schneider sagte der „taz“: „Die sächsischen Strafverfolgungsbehörden müssen nun endlich mit offenen Karten spielen.“ Ein Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft

bestätigte dem Blatt“, dass es im Juni 2010 zu der Funkzellenauswertung gekommen sei. Diese habe aber nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Demonstration gestanden.

Aus Sachsens Justizministerium hieß es, dort lägen keine Informationen zu einer solchen Funkzellenauswertung vor. Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU), der im Rahmen der Datenaffäre massiv unter Druck geraten war, wollte sich nicht zu dem Fall äußern.

Im Juni hatte die „taz“ berichtet, dass die Dresdner Polizei bei Großdemonstrationen im Februar über eine Million Handydaten von Anwohnern, Demonstranten, Politikern, Anwälten und Journalisten gesammelt und systematisch ausgewertet hatte. Dresdens Polizeichef Dieter Hanitsch wurde daraufhin versetzt. (dpa)

Neonazis setzen auf soziale Netzwerke

Von Sven Siebert, Berlin

Freitag, 22. Juli 2011 (Sächsische Zeitung)

Rechtsextremisten nutzen zunehmend „Facebook“ oder „Youtube“, um ihre antidemokratischen Inhalte unter die Leute zu bringen.

Der nächtliche Aufmarsch war gut organisiert. Einige Hundert Neonazis, fast alle schwarz gekleidet und die Gesichter weiß maskiert, zogen mit Fackeln durch die Bautzener Innenstadt. Mit Kameras dokumentierten sie ihren Zug durch die Gassen in der Nacht zum 1. Mai dieses Jahres. Es sind finstere Bilder wie aus einem Fantasy- oder Science-Fiction-Film.

Geschickte Aufbereitung

Jeder kann den knapp zwei Minuten langen Video-Clip im Internet ansehen. Der Film ist professionell geschnitten und vertont. Die Bilder sind mit einem Lied aus dem an Erlösungsfantasien reichen Film „Matrix Revolutions“ unterlegt. Es ist ein mittelalterlich-dramatisches Chor-Stück wie aus „Carmina Burana“ von Carl Orff. Bilder und Musik zielen auf den Bauch. Ein Mythos soll erzeugt werden – der Mythos von einer revolutionären Volksbewegung zur Rettung Deutschlands.

Für Stefan Glaser von „jugendschutz.net“ ist das Video Beispiel für eine neue Strategie der Rechtsextremisten im Internet. „Sie arbeiten mit einer geschickten medialen Aufbereitung, um Wirkung zu erzielen“, sagt Glaser. Wer auf die Bilder anspricht, ist nur einen Klick von einer rassistischen und antidemokratischen Internetseite entfernt.

Um den Film im Netz zu finden, ist keine komplizierte Suche nötig. Die Video-Plattform „Youtube“ bietet verschiedene Versionen des Clips an. Zehntausende haben die Bautzener Bilder schon gesehen.

Glaser und seine Jugendschützer, die im vergangenen Jahr das Internet nach entsprechenden Propaganda-Auftritten durchsucht haben, beobachten einen Rückgang „klassischer“ Internetseiten rechtsextremistischer Organisationen und eine Zunahme von Aktivitäten im sogenannten „Web 2.0“.

Die Zahl der Beiträge in sozialen Netzwerken wie „Facebook“ oder „Twitter“, bei denen jeder, der einen Computer am Netz hat, mitmachen kann, habe sich verdreifacht. „Die Platzierung im Netz wird dadurch wesentlich effektiver“, sagt Glaser.

Thomas Krüger, Chef der Bundeszentrale für politische Bildung, sagt, die Rechtsextremen hätten

ihre „Vertriebswege optimiert“. Das Internet habe „ein großes demokratisches Potenzial“, biete aber auch „ein hohes Risiko des Missbrauchs“, sagt Krüger.

Mit der verbesserten Nutzung des Netzes und der professionellen Produktion von Beiträgen geht auch eine Veränderung des Erscheinungsbilds von Neonazis einher. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte dies schon bei der Vorstellung seines Jahresberichts vor wenigen Wochen geschildert. Bestehende Jugendkulturen, auch Vorgehen und Selbstdarstellung linker Gruppen werden von Rechtsextremisten kopiert. Die „nationalen Autonomen“ sind von den Schlägern des linksextremistischen „schwarzen Blocks“ äußerlich kaum zu unterscheiden.

Glaser und die Mitarbeiter von „jugendschutz.net“ beobachten eine „Unterwanderung“ anderer Jugendkulturen. Inzwischen gibt es Hip-Hop-Videos mit rechtsextremistischen Texten. „Die versuchen, Jugendliche durch die Hintertür zu erreichen“, sagt Glaser.

Die Nutzung der sozialen Netzwerke im Internet, in denen jeder zunächst unkontrolliert Text- und Bildmaterial und Musik hochladen kann, macht die Bekämpfung rassistischer und antidemokratischer Inhalte nicht einfacher. Klassische Internetseiten lassen sich sperren oder löschen. Und Glaser berichtet, dass die großen Anbieter der sozialen Medien durchaus darauf reagieren, wenn sie auf rechtsextremistische Inhalte auf ihren Seiten aufmerksam gemacht werden.

Aber gelöschte Videos lassen sich schnell wieder hochladen und lagern dann bei „Facebook“ oder „Youtube“, ehe sie erneut entdeckt und gelöscht werden. In der Zwischenzeit kann wieder tausendfach darauf zugegriffen werden. Glaser empfiehlt den Einsatz von spezieller Filter-Software, die erkennt, wenn bereits indizierte Inhalte erneut ins Netz gestellt werden.

Ein weiteres Problem stellen hasserfüllte, rassistische und antidemokratische Kommentare dar, die von Internet-Nutzern zu Videos oder Beiträgen abgegeben werden, die für sich allein nicht rechtlich zu beanstanden wären. „Es ist ein Unding“, sagt Glaser, „dass sich Betreiber von Internet-Diensten weigern, diese Kommentare zu löschen.“

Die Industrie müsse mehr Ressourcen zur Verfügung stellen, sagt Glaser, um verfassungswidrige Inhalte zu erkennen und zu entfernen. Oft fehle den Anbietern der Plattformen eine klare Haltung, mit der sie sich zur Verhinderung der Verbreitung rechtsextremistischer Inhalte selbst verpflichten.

Martin Ziegenhagen, Projektleiter der „Online-Beratung gegen Rechtsextremismus“, erlebt nach eigenen Angaben vermehrt Fälle, in denen Eltern vom Abdriften ihrer Kinder in rechtsextremistische Kreise über die sozialen Netzwerken des Internets berichten. Ziegenhagen plädiert für eine bessere Fortbildung bei Eltern und Lehrern, die sich unbeholfener als die nächste Generation im Netz bewegen. Sie seien „digitale Einwanderer“, während ihre Kinder „Eingeborene“ des Internets seien.